

Flotter Dreier ohne Christen

Neuer Rechts-AStA mit Juso-Beteiligung

Seit dem 1. April 2002 gibt es eine neue Mehrheit für die Besetzung des Allgemeinen StudentInnen-ausschusses (AStA) an der Universität Köln. Die wirtschaftsliberalen »Unabhängigen« (14 von 51 Sitzen im StudentInnenparlament) und die ihnen seit 1999 zur Seite stehende apolitische Lust (»Liste unabhängiger StudentInnen«; 8 Sitze) setzten den CDU/CSU-Ableger RCDS (»Ring Christlich-Demokratischer Studenten«; 5 Sitze) nach knapp vier Monate dauernden Koalitionsverhandlungen vor die AStA-Tür. Die rechts-unabhängige Koalition nutzt zukünftig die Juso-Hochschulgruppe (10 Sitze) als Mehrheitsbeschafferin. Bisher wurde der AStA nur ernannt; die Wahl der ReferentInnen durch das StudentInnenparlament (SP) muss noch im Lauf des Sommersemesters erfolgen.

Während der letzten Wahlen zum StudentInnenparlament im vergangenen Dezember hatten die Jusos noch angekündigt, dass sie eine linke AStA-Koalition gemeinsam mit der Alternativen Liste anstreben würden, um den seit Mitte 1999 amtierenden Rechts-AStA abzulösen. Daraufhin gab es u. a. einen gemeinsamen Aufruf des Studentischen Friedensbündnisses und der ATTAC-Hochschulgruppe, links zu wählen und KriegsgegnerInnen in den studentischen Gremien zu unterstützen. Als das Wahlergebnis dann nicht für einen Machtwechsel im AStA reichte, begannen die Jusos in aller Stille Koalitionsgespräche mit Unabs und Lust. Nach der 1999 durch den Kurswechsel der Lust und die darauf folgende Abwahl des linken AStA erzwungenen zweijährigen Regierungsabstinenz drängte es die GenossInnen jetzt wohl wieder begierig an die Fleischtöpfe. Im Vergleich mit der Skrupellosigkeit, mit der ihr Kanzler Schröder seine anders lautenden feierlichen Wahlversprechen gebrochen hat, zeigt der sozialdemokratische Nachwuchs an der Universität vielversprechende Lernfähigkeit in Sachen Opportunismus.

Ganz überraschend kommt der Abmarsch der Jusos in die politische Mitte nicht. Bereits im letzten Jahr hatte ihre SP-Fraktion gemeinsam mit Teilen von Lust und Unabs einzelne Beschlüsse gefasst, z. B. einen zahnlosen Appell an die Landesregierung NRW, ihren Stellenstreichungsplan »Qualitätspakt« noch einmal zu überdenken.

Auf dieser Linie haben sich die Jusos nun in das apolitische Konzept des Party-AStA einbauen lassen. Kritikpunkte wie die vom bisherigen RCDS/Unabs/Lust-AStA versuchte Zerstörung der Uni-weiten Fachschaftenkonferenz (Uni-FSK) ließ man

zugunsten der Koalitionsharmonie unter den Tisch fallen: Der Uni-FSK waren im letzten Sommer die Personal- und Sachmittel faktisch auf Null gekürzt worden. Damit sollte ein basisorientierter und vom AStA nicht kontrollierter Anlaufpunkt und Initiator von Widerstand u. a. gegen Mittelkürzungen, Studiengebühren und Kurzstudiengänge lahmgelegt werden und die Inaktivität des Uni-AStA im Bereich Bildungspolitik vertuscht werden. Neben vielen Fachschaften, Autonomen Referaten und der



Photo: www.arbeiterfotografie.com

Alternativen Liste hatte sich auch die Juso-HSG im SP seinerzeit noch dafür eingesetzt, dieses zu verhindern. Davon ist lediglich ein Bekenntnis zu »Gesprächsbereitschaft« übrig geblieben.

»Geprüft« werden soll darüber hinaus ein Beitritt des AStA zum bundesweiten studentischen Dachverband »freier Zusammenschluss von studentInnenschaften« (fzs), für den die Jusos bei den Wahlen zum SP noch heftig getrommelt hatten. Eine solche Mitgliedschaft wäre eine Mindestvoraussetzung dafür, um überhaupt bundesweit mit studentischen Anliegen und Interessen von Regierungen und Medien wahrgenommen zu werden und vielleicht Einfluss zu nehmen auf die Rahmenbedingungen der Hochschulpolitik. Ein Verzicht darauf bedeutet leider, dass der Kölner AStA weiterhin im eigenen Saft vor sich hin schmoren wird und sich mit sich selbst beschäftigt.

Vielleicht reicht es ja wenigstens für eine Unterstützung des ABS, des bundesweiten »Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren«. Aber auch

hier ist eher zu erwarten, dass sich die Jusos, die im Uni-AStA das Bildungspolitikreferat von der Lust übernommen haben, aus dem Widerstand verabschieden. Bereits jetzt versuchen die Jusos innerhalb des ABS, regierungskritische Kampagnen zu sabotieren. Denn pikanterweise forciert gerade die Mutterpartei des neuen Koalitionspartners in NRW die Einführung von Studiengebühren unter dem euphemistischen Titel »Studienkonten«. Und eine allzu effektive Kampagne für ein Studiengebührenverbot im Hochschulrahmengesetz (HRG) hätte zuallererst Rot-Grün als Gegner und würde im Bundestagswahljahr 2002 Schröder und Bulmahn ein weiteres Problem verschaffen.

Politische Themen, entlang denen es in den letzten Semestern innerhalb der Kölner StudentInnenschaft eine gewisse Mobilisierung gegeben hat, finden sich im neuen AStA nach wie vor nicht wieder. Weder werden die Antikriegsaktionen und -gruppen unterstützt, noch wurde ein entsprechender eigener AStA-Arbeitsbereich dafür geschaffen. Antifaschistische Themen wurden in einem Referat mit dem nichtssagenden Titel »Integration, Internationales und Antifa« (IIA) versteckt. Weder mit Friedens- noch mit Antifagruppen wurde im Vorfeld der AStA-Bildung geredet. Dazu kommt die Herabstufung des bisherigen Ökologiereferats, das sich allerdings unter der Verwaltung der Lust auf Fortbildungsveranstaltungen beschränkt hatte.

Der RCDS hat auf seinen Rauschmiss aus dem AStA beleidigt reagiert und sprach von »schlechtem Stil« und »Vertrauensbruch« angesichts der »bisherigen guten Zusammenarbeit«. Die signifikantesten Beiträge des RCDS für die bisherige AStA-Politik – gelegentliche reaktionäre Ausfälle gegen »islamistische Ausländer« bzw. »linke Chaoten« und die Ausschmückung des AStA-Infos »Rückmeldung« mit Vierfarbbildern von putzigen Osterhäschen und röhrenden Hirschen vor Gebirgskulisse – wird irgendwer im neuen alten AStA sicherlich auch ohne die UnionschristInnen hinbekommen.

Und wo bleibt das Positive?! Nun, die Alternative Liste kann sich nach dem Umfall der »Ho' mir mal 'ne Flasche Bier!«-Hochschulgruppe mit der Ehre schmücken, nicht nur die größte, sondern jetzt auch die einzige linke Hochschulgruppe an der Universität Köln zu sein und hofft auf Zulauf von weiteren politisch oppositionell gesinnten StudentInnen.

Stell dir vor, es ist Krieg ...

und keiner braucht hinzugehen

Bei Regierungsantritt von SPD und Grünen im Oktober 1998 befanden sich 2000 deutsche Soldaten außerhalb des NATO-Gebiets im Einsatz. Am Ende ihrer ersten Regierungsperiode hat sich diese Zahl versechsfacht. Nach der von der BRD mit in Gang gesetzten Zerstückelung Jugoslawiens, die schließlich zum NATO-Angriffskrieg 1999 führte, und nach der ersten Übernahme eines NATO-Kommandos in Mazedonien eröffnet die »Anti-Terror-Koalition« auch für Deutschland die Option, immer und überall Truppen stationieren zu können.

Mit dem Bundestagsbeschluss vom 8. November 2001 ließ sich die SPD/Grünen-Regierung eine umfassende Ermächtigung zur Führung imperialistischer Kriege innerhalb eines offen definierten Einsatzraumes und für die Verwendung einer offenen Anzahl von Truppen erteilen. Ein erneutes Parlamentsvotum ist für die kommenden militärischen Handlungen bei der Neuaufteilung der Einflusssphären in Nordafrika und Zentralasien nicht mehr nötig. Als Mitglied der »Enduring Freedom«-Koalition befindet sich die Bundeswehr außer als Besatzungsmacht in Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Mazedonien zusätzlich im Kriegseinsatz in Afghanistan, in Kuwait, Dschibuti, Kenia, wahrscheinlich in Georgien und vor der Küste Somalias. Von Usbekistan mietete das Verteidigungsministerium auf unbestimmte Zeit den Luftwaffenstütz-

punkt Termes. Als Gegenleistung verstärkt die BRD ihre Ausrüstungshilfe (Ausbildung von usbekischen Offizieren) und die militärische Zusammenarbeit mit dem Folterstaat, der laut Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) »auch wegen der durch die diktatorische Politik von Präsident Karimow gesicherten Stabilität ins Auge gefasst worden« ist. Dazu kommt die Bereitstellung von deutschen Lufttransportkapazitäten für den NATO-Stützpunkt Incirlik/Osttürkei. Sie sollen den Nachschub für die dort stationierten US-Streitkräfte sichern, die von Incirlik aus den Luftkrieg gegen den Irak führen sollen.

Bei jeder Schweinerei...

Es sind bereits beträchtliche militärische Vorbereitungen für einen Bodenkrieg im Irak im Gang (siehe Observer vom 10. März 2002). Unter anderem sollen Exiliraker und kurdische Kräfte im Nordirak von Spezialeinheiten trainiert werden, ein Bataillon von 25 Longbow-Apache-Kampfhubschraubern in Kuwait eingesetzt sein und die insgesamt 5000 Panzer und gepanzerten Fahrzeuge der Vereinigten Staaten instandgesetzt werden, die seit dem Krieg von 1991 in Kuwait stehen. Die ABC-Waffenspurpanzer und 250 BundeswehrsoldatInnen in Kuwait sind vorgesehen für die Absicherung des Einsatzes von nuklearen Massenvernichtungswaffen. Laut US-Präsident George W. Bush gehört der Irak zu den Staaten, gegen die notfalls Atomwaffen eingesetzt werden sollen. Demnach könnte die BRD demnächst an einem taktischen Atomkrieg beteiligt sein. Laut einer Äußerung von Schröder von Mitte März würden die ABC-Truppen »auch in einem solchen Fall dort verbleiben und eingesetzt werden« (konkret, 4/2002).

Die BRD will nicht noch einmal riskieren, bei der Aufteilung der Beute leer auszugehen. Nach dem Golfkrieg sicherten sich fast ausschließlich US-Konzerne die 100 Milliarden US-Dollar, die für den Wiederaufbau in Kuwait ausgegeben wurden. Wer an der Verteilung der Nachkriegsprofite beteiligt sein will – so der deutsche Lernprozess – muss auch vorher dabei sein, wenn bombardiert wird und Bodenkrieg geführt wird. Kriegsführung lohnt sich für kapitalistische Ökonomien – siehe Geldregen für die Rüstungs- und Elektronikindustrie durch den neuen gigantischen US-Verteidigungsetat. Und siehe die Übertragung vieler Filetstücke der exjugoslawischen Industrieproduktion bzw. demnächst der afghanischen Ressourcen in deutsches Eigentum.

Darum wird die Bundeswehr auch beim Irakkrieg dabei bleiben und gemäß der »militärpolitischen und militärstrategischen Grundlagen und konzeptionellen Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr« (Bundeswehr-Planungspapier von 1992) handeln, die als Maxime für Bundeswehreinätze die »Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität sowie die Aufrechter-

haltung des freien Welthandels und des Zugangs zu den strategischen Rohstoffen« angibt.

...ist die Bundeswehr dabei

Anfang März waren deutsche Elitetruppen in Ostafghanistan in schwere Bodenkämpfe verwickelt. Sie durchkämmten im Rahmen der »Operation Anaconda« Höhlen und Stellungen der Taliban-Guerilla. »Deutsche Soldaten kämpfen an vorderster Front«, titelte die Süddeutsche Zeitung nationalstolz und die FAZ vermeldete, dass bei einem Angriff im Rahmen dieser Operation auch erneut Frauen und Kinder der Zivilbevölkerung getötet worden seien. Diese Opfer und die Tausenden Toten vorher interessieren natürlich nicht, sondern nur die beiden Landser in Kabul, die »durch eine Bombe entschärft worden sind« (Titanic 4/2002).

An eben jenem 8. November, am Tag der Entscheidung über die Entsendung von deutschen Soldaten für den »Krieg gegen den Terror«, hatte Schröder im Bundestag erneut gelogen: »Mir ist besonders wichtig festzuhalten: Es geht weder um eine deutsche Beteiligung an Luftangriffen, noch um die Bereitstellung von Kampftruppen am Boden«. Und noch Ende Januar hatte Joseph Fischers Staatsminister Christoph Zöpel einen Bericht der New York Times über eine Beteiligung der Deutschen an Kampfhandlungen dementiert; seinen Stellungnahmen könne man »in keiner Weise entnehmen, deutsche Bodentruppen seien in Afghanistan militärisch tätig«.

Als wenig später die Teilnahme des »Kommando Spezialkräfte« (KSK) an der Operation Anaconda aufgrund von US-Presseberichten nicht mehr zu leugnen war, gab die Bundesregierung zu, dass »circa 100« KSKler in Kriegshandlungen verwickelt seien. Der SPD-Militärexperte Helmut Wiczorek korrigierte die Zahl kurz darauf auf über 200 Beteiligte nach oben.

Die Bundesregierung hat entgegen dem »mäßigen« und »besonnenen« Anschein, den sie u. a. gegenüber den staatstragenden, hausbackenen Teilen der Friedensbewegung zu erwecken sucht, den USA einen deutschen Militärbeitrag regelrecht aufgedrängt. Selbst für die 3900 Soldaten für »Enduring Freedom« musste von Schröder ein US-Hilfeersuchen herbeigelogen werden. Am Tag darauf kam es zum Eklat, als der US-Kriegsminister Rumsfeld diese Erfindung zurückwies und erklärte: »Washington had not asked Germany to participate (...) Germany (...) has been pressing Washington to respond to offers of military assistance.« (International Herald Tribune, 7. November 2001). Dieses Manöver war nötig, weil die BRD (und die EU) nicht über vergleichbare Militärkapazitäten verfügt wie die USA und darauf angewiesen ist, ihre Sonderinteressen in deren Windschatten zu verfolgen, Gelegenheiten wahrzunehmen, sich aufzudrängen.

Das tat sie dann auch, als es um die Führung der »Schutztruppe« ISAF für die Regierung Karzei

AL-Plenum:

Dienstags, 20 Uhr,
Meister-Ekkehard-Str. 7,
2. Etage

Impressum

Das AL-Info wird herausgegeben von der Alternativen Liste Uni Köln.

Redaktion: Dieter Asselhoven (V.i.S.d.P.), Volker Elste, Bernd Götting, Raphaela Häuser, Markus Struben

Layout: Dieter Asselhoven, Raphaela Häuser
ISSN 1619-7607

Postadresse:

Alternative Liste Uni Köln
c/o ASIA PH Köln
Gronewaldstraße 2
50931 Köln

Hotline:

(0177) 253 72 07 (Volker)
(0221) 999 25 89 (Markus)

E-Mail:

al-plenum@uni-koeln.de



Photo: www.arbeiterfotografie.com

in Kabul ging. Und sie drängte dabei auch (vergeblich) auf die Eigenständigkeit dieses Kommandos und darauf, die ISAF nicht unter den Gesamtbefehl der USA zu stellen (Frankfurter Rundschau, 21. Dezember 2001). Schließlich erhielt Großbritannien für drei Monate bis April 2002 die Rolle als »lead nation«. Die BRD drängt weiter auf mehr Einfluss; schließlich erhielt die Bundeswehr die taktische Führung der ISAF im Großraum Kabul. Nach dem voraussichtlichen Abzug der britischen Truppen stellt sie mit 1200 SoldatInnen das größte Kontingent für den Schutz der Regierung des Rumpf-Staates, in dem weiterhin die Scharia gilt, die z.B. für ehebrecherische Frauen die Todesstrafe vorsieht.

Aufbauhilfe für Siemens und Co.

Nach ihrem ersten erfolgreichen Fischzug – der Veranstaltung der UN-Konferenz auf dem Bonner Petersberg, bei der ein Protektorat der »zivilisierten« Staaten und eine Übergangsregierung in Afghanistan installiert worden sind – ist das Streben nach Dominanz über die ISAF ein weiterer Vorstoß zur Sicherung von Anteilen an der potenziellen Kriegsbeute. Deutschland kann dabei auf alte af-

ghanische Sympathien und Bande zurückgreifen, die bis auf die antibritische Zusammenarbeit während des Ersten und Zweiten Weltkriegs zurückzuführen sind. Dazu kommen neue: Der Verteidigungsminister Fahim unterhält seit Winter 1994 enge Beziehungen zum Bundesnachrichtendienst und sammelte in der BRD Gelder für den Kampf gegen die Taliban. Die neue Polizei von Kabul wird unter deutscher Anleitung aufgebaut. Gute Kontakte bestehen auch zum Exkönig Zahir, dessen Gefolgsleute in ökonomisch wichtigen Ministerien sitzen, z.B. in dem für »Wiederaufbau«.

Die EU will für den Wiederaufbau der afghanischen Ökonomie und Infrastruktur 550 Millionen Euro zahlen, 80 Millionen davon kommen aus der BRD. Daraus wird u.a. Siemens für den Aufbau des Telefon-Festnetzes bezahlt werden. Der Anlagenbauer AAB baut Kraftwerke und sorgt für die Beleuchtung von Kabul. Der deutsche Baukonzern Hochtief repariert die Straßen, DaimlerChrysler liefert Löschzüge, LKW und Busse (konkret, 4/2002). Die europäischen Hilfszahlungen für Afghanistan fließen also größtenteils in die Kassen deutscher Konzerne.

Dieter Asselhoven

Atombomben gegen Schurkenstaaten

Das neue Bedrohungsszenario der NATO listete 1999 die Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen, die Gefahr von Terror- und Sabotageakten und die Beeinträchtigung der Sicherheit durch Flüchtlingsbewegungen als Gefahren auf. Feinde sind diejenigen, die gegen die US-Interessen und gegen die der alliierten EU-Staaten agieren. Niemand soll aus der »Neuen Weltordnung« ausbrechen oder sie in Frage stellen dürfen. Diejenigen, die es trotzdem wagen, riskieren neuerdings auch den Einsatz von Atomwaffen: Die Los Angeles Times berichtete am 8. März 2002 über eine Anweisung der Bush-Regierung an das Pentagon, Einsatz-Szenarien für mögliche Nuklearangriffe auf sieben verschiedene Länder vorzubereiten – und zwar auf die VR China, die Russische Föderation, Irak, Iran, Nordkorea, Libyen und Syrien. Konkretisiert werden sollen Pläne für den Einsatz von Atomwaffen für den Fall eines arabisch-israelischen Konflikts, eines Kriegs zwischen China und Taiwan oder eines Angriffs Nordkoreas auf Südkorea.

Weiterhin sollen Atomwaffen »gegen Ziele eingesetzt werden können, die nicht-nuklearen Angriffen standhalten« (Nuclear Posture Review Report, 8. Januar 2002) beziehungsweise »im Falle überraschender militärischer Entwicklungen« benutzt werden können, d.h. immer dann, wenn ein konventioneller Angriff des amerikanischen Militärs keinen Erfolg hat. Solch ein Einsatz-Szenario könnte in Afghanistan jederzeit zustande kommen, wie die jüngsten Kämpfe bei Gardes im Rahmen der »Operation Anaconda« gezeigt haben. Sogar regionale Einsatzleiter amerikanischer Spezialtruppen sollen Atomschläge einfordern können, z.B. um Bergverstecke oder Höhlensysteme vernichten zu können, statt sie in einem verlustreichen Bodenkampf erobern zu müssen.

Das Pentagon-Dokument legt die Entwicklung einer neuen Generation von taktischen Atomwaffen nahe. Es geht dabei um die Herstellung kleinerer und schwächerer Sprengköpfe, die zur Zerstörung tief liegender und befestigter Bunker eingesetzt werden können. Das Pentagon geht von ca. 10 000 dieser Ziele weltweit aus. Die Bush-Regierung fordert die Konstruktion präziserer »Sprengköpfe, die weniger Kollateralschäden anrichten« und damit politisch einsetzbarer und legitimierbarer werden als eine Megatonnen-Atom-bombe auf Bagdad.

Dieter Asselhoven

Staatsanwaltschaft kriminalisiert studentischen Kriegsgegner

Am 16. November 2001 fand auf dem Albertus-Magnus-Platz eine studentische Kundgebung u.a. gegen die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan statt. Aufgerufen hatte das »Studentische Friedensbündnis«, einige Fachschaften, die AL und andere. Etwa 500 StudentInnen nahmen an der Kundgebung teil; anschließend fand eine Spontandemonstration zu den Kölner Parteizentralen von SPD und Grünen statt.

Gegen den Anmelder der Kundgebung, Steen Meyer, wurde von der Staatsanwaltschaft im Nach-

hinein eine Anklage konstruiert, nach der Steen mehrere Verstöße gegen das Versammlungsgesetz begangen haben soll: U.a. soll er sich als Anführer der Spontandemo strafbar gemacht haben und für Straßenblockaden verantwortlich sein. Dafür will ihm die Polizei so viele Tagessätze Strafe aufbrummen, dass er als vorbestraft gelten würde.

Steen befand sich nach der Beendigung der Kundgebung, zu Beginn der Demonstration und auf dem ersten Teil der Strecke nachweislich gar nicht mit im Demonstrationszug. Später reichte er

sich als einer von Hunderten in den Zug der von der Polizei geschützten und legalen Demo ein.

Stellvertretend für viele soll nun Steen Meyer abgeurteilt und bestraft werden. Die für Mittwoch, den 10. April angesetzte Hauptverhandlung des Gesinnungsprozesses gegen Steen Meyer wurde erst einmal vertagt: Über 40 Personen hatten sich vor dem Gerichtssaal eingefunden, um Solidarität mit Steen zu demonstrieren und als Entlastungszeugen auszusagen. Ein neuer Termin steht noch nicht fest.

Rot-grüne Ablenkungsmanöver

Studiengebühren werden umbenannt

Der Kampf gegen Studiengebühren geht gleich in zwei weitere Runden: Auf Bundesebene wird noch im April die sechste Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) verabschiedet werden, in Nordrhein-Westfalen wird bereits von SPD und Grünen an einem konkreten Studiengebührenmodell für die StudentInnen in NRW gefeilt.

Im HRG soll festgeschrieben werden, dass das Erststudium in der Regelstudienzeit »gebührenfrei« bleibt. Rückmelde-, Einschreibe-, Prüfungs- oder Verwaltungsgebühren sind davon nicht betroffen. Auch bleibt offen, ob StudienfachwechslerInnen noch als StudentInnen im Erststudium gelten. Ausdrücklich erlaubt hingegen sind Gebühren für angebliche »LangzeitstudentInnen«. Nach Vorstellung der NRW-Bildungsministerin Gabriele Behler (SPD) sind das alle, die ihre vorgegebene Semesterwochenstunden-Anzahl um mehr als 20 Prozent überschreiten. All dies liegt in der Hand der Bundesländer – selbst Abweichungen von der grundsätzlichen Gebührenfreiheit im Erststudium

sind möglich. Für bestimmte Fächer oder Kurse könnten also von Anfang an Kosten für die StudentInnen entstehen. Ausgeschlossen sind lediglich generelle Studiengebühren für alle StudentInnen ab dem ersten Semester in allen Fachrichtungen. Diese Einschränkung gegenüber den BefürworterInnen genereller Studiengebühren ist nur auf die organisierten Proteste des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS) zurückzuführen. Dass dieses Ergebnis nur einen sehr kleinen Teilerfolg darstellt, haben u.a. auch jene studentischen Vertretungen zu verantworten, die das ABS boykottiert haben – allen voran der AStA der größten Hochschule der BRD, der AStA der Universität Köln. Jetzt gilt es – ob in Köln oder anderswo, ob mit oder ohne AStA-Unterstützung – die Aktivitäten für ein generelles Verbot von Studiengebühren fortzusetzen, die wir im Hochschulstreik des Wintersemesters 1997/98 im großen Stil begonnen haben. Informationen zur aktuellen Kampagne des ABS findet ihr z. B. im Internet un-

ter www.gute-bildung.de und in der neuen »Zeitung gegen Studiengebühren« Nr. 6, erhältlich an den AL-Infotischen.

Gleichzeitig gilt es, die Pläne von SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen zur Einführung von Studiengebühren in Form so genannter Studienkonten (SPD-Euphemismus) bzw. Bildungsgutscheinen (Grünen-Euphemismus) zu durchkreuzen. In NRW sollen nach Willen der rot-grünen Landesregierung den StudentInnen Studienkonten bzw. Bildungsgutscheine zugewiesen werden. Grundsätzlich fallen nach diesem Modell ab dem ersten Semestertag Gebühren für alle StudentInnen an. Diese brauchen aber nicht in Bargeld erstattet werden, sondern werden per Gutschrift vom »Studienkonto« beglichen. Sobald dieses Konto erschöpft ist, muss für Seminare bezahlt werden. Ein genialer Streich der SPD-BegriffsklempnerInnen, dieses elitäre Modell als fortschrittlich und sozial zu verkaufen.

Markus Struben

Gericht vermisst Rassismus

Seit Oktober 2001 findet in der BRD die größte Rasterfahndung ihrer Geschichte statt. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung wurden allein in Nordrhein-Westfalen dem Landeskriminalamt 4,7 Millionen Datensätze der Einwohnermeldeämter, 500 000 der Hochschulen und 89 000 des Ausländerzentralregisters übermittelt, um angeblichen »Schläfern« – nach herrschender Auffassung also männliche Studierende mit arabischer Herkunft oder muslimischen Glaubens – auf die Schliche zu kommen. Dafür wurden in NRW alle Männer zwischen 18 und 41 Jahren erfasst, an den Hochschulen nur diejenigen, die seit Januar 1996 zu irgendeinem Zeitpunkt immatrikuliert waren.

Viele Asten kritisierten diesen rassistischen Angriff auf die informationelle Selbstbestimmung. Sie versuchten mit Protestresolutionen, Demonstrationen, Datenschutzaktionen und auch juristischen Mitteln gegen diese Repressionsmaßnahmen vorzugehen, die durch die so genannten Sicherheitspakete von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) durch weitere Maßnahmen zum radikalen Abbau von Grund- und Freiheitsrechten noch ergänzt wurden. An der Universität Köln organisierte die AL im letzten Semester unter anderem Proteste gegen den so genannten Otto-Katalog. Mit Datenschutzformularen konnten und können StudentInnen erfragen, welche Daten über sie gespeichert sind und welche weitergegeben wurden, und so die Verwaltung unter Druck setzen.

Das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf stellte am 11. Februar 2002 fest, bei der Rasterfahndung müssten AusländerInnen und Deutsche unterschiedlich behandelt werden. Bei Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft ist nach Auffas-

sung des Landeskriminalamtes und des OLG »aufgrund der bereits bekannten Angehörigen oder Unterstützer des Netzwerkes von Usama Bin Laden eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten (...) erkennbar«. Gerichte in Berlin und Hessen hingegen gaben den Klägern – auch den ausländischen – in der Sache Recht: Laut Aussage der Bundesregierung sei in der BRD keine konkrete Gefahrenlage vorhanden, die einen so tiefen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung rechtfertigen könnte.

Dieser unverlorene Staatsrassismus muss beendet werden. Wir fordern die sofortige Löschung aller vom Landeskriminalamt erfassten Daten – unabhängig von Staats- und Religionsangehörigkeit der Betroffenen.

Markus Struben

– Anzeige –

Terminkalender



Bundesweite Termine der Antikriegsbewegung

1. Mai 2002: Großdemonstrationen gegen imperialistischen Krieg, Sozialabbau und Rassismus in Berlin (In Köln mobilisiert die Ökologische Linke zur »Revolutionären 1.-Mai-Demo« nach Berlin, Kontakt über 0177 – 200 63 44)

22. Mai 2002: Großdemonstration und weitere Aktionen anlässlich des Bush-Besuchs in Berlin. (Kontakt und weitere Informationen im Internet unter www.bushinberlin.de oder per E-Mail an Antikriegsplenum-Koeln@gmx.de)

31. Mai/1. Juni 2002: Die bundesweite Koordination von Antikriegsgruppen ruft zu einem »Kooordinierten Aktionstag« auf. An diesem Tag sollen Militarisierung und Kriegsbeteiligung an vielen Punkten sichtbar gemacht werden. Der Tag steht in Zusammenhang mit dem internationalen Aktionstag gegen den Krieg, zu dem das World Social Forum in Porto Alegre aufgerufen hatte. (Kontakt in Köln per E-Mail an Antikriegsplenum-Koeln@gmx.de)